

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13993. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Folgen der Rahrwirtschaft.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat der Vertreter der russischen Sowjetregierung, **Wigdor Kopp**, in Berlin im auswärtigen Amt eine Protestnote überreicht, in der er Beschwerde gegen die Behandlung des russischen Volksbeauftragten **Krestinsky** und seine Ausweisung aus Bayern einlegt. **Krestinsky** hat mit vollständigen Papieren sich sechs Wochen in Kissingen aufgehalten und sich aufs genaueste den Bestimmungen der Landespolizeibehörden unterworfen. Er ist dann, ebenso genau nach den Vorschriften handelnd, mit Erlaubnis des Bezirksamts **Wiesbaden** nach **Tegernsee** übersiedelt. Dort wurde er und sein Sekretär verhaftet, nach **München** gebracht, seine Papiere durchsucht und nachgeprüft, obwohl es sich zum Teil um Staatspapiere handelte. Es wurde aber selbstverständlich nicht das geringste Verdächtige gefunden, trotzdem wurden die beiden Herren vernommen, fotografiert, Fingerabdrücke von ihnen abgenommen und schließlich an die Grenze geschoben. Die russische Sowjetregierung legt gegen diese Behandlung, die dem Vertrag, der zwischen Deutschland und Russland geschlossen wurde, zuwiderläuft, schärfsten Protest ein und verlangt Genugtuung und Bestrafung der hiesigen Beamten. Die Reichsregierung wird bei der bayerischen Regierung nachfragen, was sie zu dieser Angelegenheit zu sagen habe. Es ist von vornherein selbstverständlich, daß die Reichsregierung nicht die nötige Energie aufbringen wird, um irgend etwas Durchschlagendes gegen die bayerische Regierung zu unternehmen. Die sich nicht scheut, selbst die harmlosesten außenpolitischen Verträge durch ihre Obstruktion in Gefahr zu bringen. Aber das ist wohl ihr Ziel — daß die wirtschaftliche Erholung Deutschlands durch ihre reaktionären Streiche geschädigt wird, kümmert die Rahrgeellschaft wenig.

## Vor dem Streik der städtischen Arbeiter Berlins?

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Zustimmung über den Streik der Berliner städtischen Arbeiter ist in ihrem Endresultat noch nicht zu übersehen. In Nichtenfeld stimmten 90 Prozent für den Streik. In den Charlottenburger Gaswerken war das Ergebnis 6 zu 1 für den Streik. Dagegen war in andern Werken, z. B. in **Neukölln** eine Zweidrittelmehrheit gegen den Streik vorhanden. Der Magistrat bleibt fest bei seiner Haltung und erklärt in einem Aufsatze, daß die Gutsarbeiter durch die Deputate erheblich besser bezahmt würden, als die übrigen städtischen Arbeiter. Bei einer besseren Lage der Finanzen würde der Magistrat trotzdem allen Arbeitern, nicht nur den Gutsarbeitern, eine Aufbesserung zugestehen, um ihnen eine Hebung ihrer Lebenslage zu ermöglichen. Die Lage des Stadthaushalts schreie diese aber zur Zeit völlig aus. Als Folge von Zugeständnissen, für welche die Barmittel fehlen, würde sich eine Verringerung der Befehlschaften auf den städtischen Gütern und Entlassungen in den übrigen Verwaltungen der Stadt zeigen. Durch neue Entlassungen aber würden zahlreiche städtische Arbeiter in bittere Not geraten. Die pflichtgemäße Haltung des Magistrats stelle für ihn keine Nachfrage dar, es handle sich für ihn nur um eine Lebensfrage der Stadt Berlin. Der Magistrat erklärt dann, daß er Streiklage unter keinen Umständen bejahen werde.

Weshalb der Magistrat sich indes einer Anrufung einer Schlichtungsinstanz widersetzt, die das Arbeitsministerium einzusetzen hätte, bleibt nach wie vor unverständlich und bedauerlich.

## Zweidrittelmehrheit für den Streik?

Berlin, 7. Juli. Die bisherigen Teilergebnisse der Streikabstimmungen in den Berliner städtischen Betrieben lassen vermuten, daß eine Zweidrittelmehrheit für den Streik erzielt worden ist. In **Nichtenberg** und im **Charlottenburger Gaswerk** haben bis zu 90 Prozent der Arbeiter für den Streik gestimmt. Nach der roten Fahne soll auch bei den **Elektrizitätsarbeitern** und **Strassenbahnern** die Zweidrittelmehrheit für den Streik bereits überschritten sein.

## Und die Staatsanwälte?

Halle a. S., 7. Juli. (Ul.) Wie die mehrheitssozialistische Volksstimme mitteilt, ist eine Anordnung des Oberpräsidenten **Höring** ergangen, daß gegen alle Beamte der Schutzpolizei, die sich Verletzungen hinsichtlich der Gefangenenbehandlung während des mitteldeutschen Aufstaus zuschulden kommen lassen, in der schärfsten Weise vorgegangen werden soll.

Wir wollen abwarten, was bei diesem etwas sehr nachträglich eingeleiteten Verfahren herauskommt. Daß schändliche Mißhandlungen, auch „standrechtliche“ Erschießungen von Gefangenen vorgekommen sind, steht außer allem Zweifel. Das sind Verbrechen, die nicht nur disziplinarische, sondern auch strafrechtliche Ahndung erfordern. Aber die eifrigen Staatsanwälte haben natürlich mit der Verfolgung der Kommunisten soviel zu tun gehabt, daß sie weder Zeit noch Lust hatten, nach den schändlichen Menschenfeindern zu sehen. Ob Höring ihnen die

nötigen Unterlagen unterbreiten wird, die ihm die Disziplinarverfahren liefern könnten?

Indes unterstehen Herrn Höring sehr viele der Verbrecher gar nicht. Die meisten und schändlichsten Ausschreitungen sind nämlich von Angehörigen der **Düsseldorfer Sipo**, die eine Truppe nach dem Herzen unserer Deutschnationalen sein muß, begangen worden. Wer wird da nach dem Rechten sehen? Keiner?

## Günstiges Fortschreiten der irischen Verhandlungen.

London, 6. Juli. Wie die Blätter melden, ist **General Smith** heute früh nach London zurückgekehrt. Im Laufe des Vormittags wurde in **Downing Street** eine Konferenz abgehalten. Der allgemeine Eindruck sei, daß befriedigende Fortschritte gemacht worden seien. **Wall Mall** und **Globe** will wissen, daß die überwältigende Mehrheit der **Sinnfeiner** jetzt mit der Einführung von **Dominions Home Rule** (Selbstverwaltung in der Art, wie sie etwa Südafrika oder Australien genießen. D. Red.) in Irland in irgendeiner Form einverstanden sei. Einige Blätter sprechen die Vermutung aus, daß es bis zum Freitag zur Erklärung einer **Waffenruhe** kommen werde.

Inzwischen wird aus Irland gemeldet, daß die **Sinnfeiner** eine Reihe neuer Überfälle ausgeführt haben. In der Grafschaft **Lynne** hielten 100 Bewaffnete einen Eisenbahnzug an und steckten ihn in Brand.

## Ein Brief de Valera an Lloyd George.

London, 7. Juli. (Ul.) **De Valera** hat an **Lloyd George** einen Brief gerichtet, worin er angeht, daß er bereit sei, mit den englischen Staatsmännern am **Beratungstisch** zusammenzutreffen, aber nicht an einer Verhandlung teilnehmen könne, die von **Lloyd George** geleitet wird. Es soll die Absicht bestehen, **de Valera** vorzuschlagen, einer Beratung beizuwohnen, die von den **Premierministern** der **Dominions** einberufen und von **General Smith** geleitet werden soll.

## Der Orientkrieg.

### Vor einem Angriff auf Konstantinopel?

London, 6. Juli. **Daily Mail** meldet: In britischen amtlichen Kreisen wurde berichtet, daß Anlaß zu der Befürchtung bestehe, die **Kemalisten** planten einen Angriff auf **Konstantinopel**. Einem Exchange Telegramm zufolge haben die **Kemalisten** beinahe die ganze **Halbinsel von Ismid** besetzt. Es wird gemeldet, daß bei einer geheimen Zusammenkunft der allierten Kommissare die Frage erörtert wurde, **Rumänien** für den Notfall um die Entsendung ausreichender Truppen zur Verteidigung **Konstantinopels** zu ersuchen.

London, 6. Juli. Aus **Malta** wird vom 5. Juli gemeldet: Die **Gesamtheit der Mittelmeerflotte** mit allen bereicherten Schiffen mit Ausnahme von fünf leichten Kreuzern ist unterwegs, um sich um **Konstantinopel** oder in der Nähe dieses Hafens zu sammeln. Die **Kriegsschiffe**, die lebhafte nach **Konstantinopel** ausgefahren sind, haben große Mengen **Munition aller Art** an Bord.

### Die französische Kammer für die Räumung Ciliciens.

Paris, 5. Juli. Die **Budgetkommission** der Kammer hat gestern mit 12 gegen 10 Stimmen grundsätzlich festgelegt, daß für den Schutz von **Syrien** nur die unbedingt notwendigen Truppenzahl erhalten werde und daß die **Truppen aus Cilicien** zurückberufen werden sollen.

### Bolschewistischer Aufstand in Nordpersien?

London, 6. Juli. Der **Teheraner Korrespondent** der **Daily Mail** meldet vom 2. Juli: Der **Aufstand** in **Nordpersien** breitet sich aus. Der Führer der **Aufständischen** in der **Kaspischen Provinz Masandaran** bemüht sich, die **Turkmenen** zum Anschluß an die **Rebellen** zu bewegen, die **Ukrabab** bedrohen. Die **Truppen** **Kaufschah Chans**, des Führers der **persischen Bolschewisten**, haben **Masula**, nordöstlich vom **Sendshan** besetzt und sollen in Richtung auf **Raswin** vorrücken. Die ganze **Aufstandsbewegung** in **Nordpersien**, schließt der Bericht, sei offenbar von dem Vertreter der russischen Räteregierung **Kohstein** geleitet worden. Alles deutet daraufhin, daß die **Bolschewisten** versuchen, **Persien** zu einer **Sowjetrepublik** zu machen.

## Deutsche Vertretung in Rußland.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat die russische Sowjetregierung zugestimmt, daß als deutscher Vertreter **Prof. Dr. Wiedensfeld** nach **Moskau** geht. **Wiedensfeld** wird sich bereits Ende Juli nach **Moskau** begeben. In seiner Begleitung wird sich als Vertreter des auswärtigen Amtes **Legationsrat Schmid-Rohlf** befinden. Die deutsche Regierung beabsichtigt ferner, in **Petersburg** ein eigenes **Konsulat** zu errichten. Sie wird ebenfalls der russischen Regierung die Erlaubnis erteilen ein russisches **Konsulat** in **Stettin** einzurichten.

### 70 Millionen Arbeitslage verloren.

London, 5. Juli. Im Unterhaus erklärte **McNamara**, während des **Kohlenstreiks** seien etwa 70 Millionen **Arbeitsplätze** verloren gegangen.

## Das Urteil im sechsten Kriegsverbrecherprozeß.

**Stenger freigesprochen, Crusius zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.**

Leipzig, 6. Juli. Die auf nachmittag 3 Uhr angelegte **Urteilsverkündung** im **Prozeß Stenger-Crusius** verzögerte sich, da der **Verteidiger Dr. Hübner** bei Beginn der Verhandlung einen neuen **Beweisantrag** stellte. Der **Gerichtshof** lehnte nach kurzer Beratung den **Antrag ab**. Nach längeren Ausführungen der beiden **Verteidiger** zog sich der **Gerichtshof** erneut zur Beratung zurück. Bald darauf verkündete der **Präsident** das folgende Urteil: Der **Beschuldigte Stenger** wird freigesprochen, der **Angeklagte Crusius** wird wegen **fahrlässiger Tötung** zu zwei Jahren **Gefängnis** und zum **Verlust der Erlaubnis** des Tragens der **Uniform** verurteilt. Die **Untersuchungshaft** wird angerechnet, die **Kosten** des Verfahrens werden der **Staatskasse** auferlegt.

In der Begründung wurde ausgeführt, daß **Crusius** für die **Taten** am **26. August** wegen **Geistesstörung** nicht verantwortlich sei. Die **strafbaren Handlungen** am **21. August** seien durch **Fahrlässigkeit** verursacht, da er sich nicht mit der gebotenen **Vorsicht** über den **Befehl** vergewissert habe.

Für die **Strafbemessung** war einerseits der **Geisteszustand** des **Angeklagten**, andererseits die **Tatsache** maßgebend, daß er durch sein **völlerrrechtswidriges Verhalten** das **Ansehen** des **deutschen Heeres** geschädigt hat.

**Krieg ist Mord**. Wer den **Krieg** will, heißt den **Mord** gut und hat kein Recht, sich über die **barbarischen Formen** zu entrichten, die er in unserm „**Zeitalter der Humanität**“ angenommen hat. Aber entrüstet sich denn überhaupt jemand? Das **Publikum** im **Stenger-Crusius-Prozeß** sicherlich nicht! Die **deutschnationalen Studenten**, zum Teil mit **Couleurbändern** geschmückt, die mit ihren **Damen** das **Auditorium** des **Richtungsgerichts** bildeten, waren von **Entrüstung** über die **Kriegsnotwendigkeit** der **Erschießung** wehrlos, um **Erbarmen** stehender **Verwundeter** jedenfalls weit entfernt und im **Gegenteil** jederzeit bereit, eine „**schneidige**“, **kriegsrische Redensart** mit **Gelächter**, ja sogar mit **Beifallsgetrappel** zu begründen. Den **bürgerlichen Anbetern** der **Gewalt** und der **Vergewaltigung** ist ja jeder ein **Heros**, der **Menschlichkeit** im **Kriege** **freiwillig** oder **gezwungen** mit **Füßen** trat.

Wenn je ein **Prozeß** den **Nachweis** brachte, daß das **militärische System** die **Menschen** **logisch** und **folgerichtig** zu den **empörendsten Schweißigkeiten** zwingt, dann ist es der **Prozeß**, in dem **gestern** das **Urteil** gefällt wurde. Das geht nicht nur aus den **Taten** des **Majors Crusius**, sondern vor **allen Dingen** auch aus den **Gutachten** der **militärischen Zeugen** und **Sachverständigen** hervor.

Der **Sachverhalt** war kurz folgender: Die **58. Brigade**, die in **Mühlhausen** in **Garnison** lag, hatte den **Grenzschutz** wahrzunehmen. Sie mußte sich vor dem **vordringenden Feind** in den **ersten Tagen** des **Krieges** sogar bis **hinter** ihren **Garnisonsort** zurückziehen, bei welcher **Gelegenheit** **Crusius** nach den **Aussagen** seines **Regimentskommandeurs** schon einmal „**Krieg im Hause**“ spielte, also **verminderte Zurechnungsfähigkeit** bewies. Beim **endlichen Vormarsch** hatte das **Regiment 112**, dem er **angehörte**, **Straßen- und Häuserkämpfe** zu bestehen und war in der **Schlacht** bei **Saarburg** nach **großen Verlusten** in der **Nacht** vom **20. zum 21. August** noch in **Nachtkämpfe** verwickelt, bei denen **angeblich** **gegenwärtige** **Verwundete** die **Truppe** aus dem **Rücken** beschossen. Diese **Strapazen** hatten die **geistige Widerstandskraft** des **Angeklagten** so **geschwächt**, daß er in einer **gelegentlichen Bemerkung** seines **Brigadefeldkommandeurs** — die aber von diesem und allen anderen **Offizieren** bestritten wird — einen **Befehl** zu hören glaubte, alle **Verwundeten** zu **erschließen**. Er gab den **Befehl** nicht nur an **seine Leute** weiter, von denen **einige** ihn auch **buchstäblich** befolgten, sondern **befahl** sogar selbst **ganz ausdrücklich** die **Tötung** eines **Wescheles**, der **scheinlich** „**grace, grace**“ (**Gnade, Gnade**) rief, sich also **damit** auf **Gnade** und **Unnade** ergab. Diese **Tat** und die von den **Mannschaften** infolge seines **Befehls** vollzogenen **Erschießungen** von **Verletzten** sind um **so** **entsetzlicher**, als an diesem **Tage** keine **Führung** mehr mit dem **Feinde** bestand. Die **Anstrengungen** des **folgenden Tages** brachten **Crusius** so **weit** **herunter**, daß er am **26. August** während einer **furchtbaren Waldschlacht** **anscheinend** **völlig** den **Verstand** **verlor**, seine **Kompanie** im **Stich** ließ und von seinem **Regimentsführer** nach **rückwärts** **gesandt** wurde. Auf dem **Regimentsverbandssplatz** ließ er in **Abwesenheit** des **Arztes** am **selben Abend** **nochmals** zwei **Verwundete** **erschließen**.

Am **26. August** hat **General Stenger**, wie er in der **Voruntersuchung** selbst zu **Protokoll** gegeben hat, den **Truppen** u. a. **zugerufen**: „**Gefangene** können wir heute nicht gebrauchen!“ **Crusius** behauptete, **Stenger** hätte **tatsächlich** **befohlen**: „**Es** werden **keine** **Gefangene** **gemacht**. **Es** wird **kein** **Pardon** **gegeben** und **kein** **Pardon** **gefordert!**“ Dieser **Befehl** wurde aber nur von **eifrigsten** **Zeugen** **bezeugt**, die aber **fast** **alle** **fahnenflüchtig** **geworden** und **deshalb** **nach** **Annahme** **des** **Gerichts** **wenig** **glaubwürdig** **sind**.

Die **Sachverständigen** und der **Ankläger** **schlußfolgerten** nun **so**: **Crusius** war im **guten Glauben**, den **Befehl** **erhalten** **zu** **haben**. Er war **aber** **verpflichtet** **zu** **prüfen**, **ob** **der** **Befehl** **berechtigt** **war**. Enthielt er eine **Aufforderung**, ein **Verbrechen** zu begehen, **so** war er **unberechtigt** und **durfte** **von** **ihm** **nicht** **befolgt** **werden**. Die **Tötung** von **Verwundeten** ist ein **Verbrechen** — **aber** **nur** **unter** **bestimmten Umständen**. Wenn es die **Kriegslage** **gebietet**, dürfen auch **Verwundete** **nach** **Ansicht** **der** **militärischen Kritiker**, **erschossen** **werden**. Wenn z. B. beim **Angriff** keine **Möglichkeit** **vorhanden** **ist** **zu** **prüfen**, **ob** **Verwundete** **noch** **bewaffnet** **und** **imstande** **sind**,